

Denunzianten



Markus Peters
über das Beschwerdeportal

Das Beschwerdeportal gegen politisch vermeintlich nicht neutrale Lehrer, so wie es die AfD starten möchte, hat schon in Hamburg nicht funktioniert. Und es wird auch in Bremen nicht klappen, weil sich eine große Mehrheit gegen diese Form der Online-Denunziation wehrt.

Lehrer müssen sich häufig mit dem Vorwurf auseinandersetzen, politisch tendenziell eher linker als der Rest der Gesellschaft eingestellt zu sein. Das mag vielleicht stimmen, ist aber unerheblich. Zum Problem wird es nämlich erst, wenn es Pädagogen an Professionalität missen lassen und die private Überzeugung zum beruflichen Maßstab machen. Um dem vorzubeugen, gibt es Curricula, an die sich Pädagogen zu halten haben. Zweitens sind die Leistungen der Schüler soweit es schriftliche Arbeiten betrifft auch objektiv nachprüfbar.

Daher ist das Onlineportal, das die AfD lancieren möchte, nicht nötig. Ansprechpartner ist in möglichen Problemfällen stets die Schulaufsicht. Für die Behauptung, dass diese in Bremen ihrer Aufgabe systematisch nicht nachkomme, weil sie parteipolitisch dominiert sei, hat die AfD bisher noch keine Beweise vorgelegt. **Berichte Seiten 1 und 10**
markus.peters@weser-kurier.de

Datendiebe



Patrick Reichelt
über den BSI-Lagebericht

Es klingt wie eine Fantasiezahl: 800 Millionen Schadprogramme gibt es laut dem Lagebericht des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), täglich kommen fast 400 000 dazu. Die Botschaft ist klar: Die Gefährdungslage in Deutschland ist hoch, neben der Regierung haben es die Hacker vor allem auf Unternehmen und private Internetnutzer abgesehen. Und oft sitzt das Problem immer noch vor dem Rechner: Laut einer BSI-Umfrage informiert sich nur ein Drittel der Nutzer gezielt und ergreift Maßnahmen. Hier muss die Politik durch ausreichende Schulungen und Kampagnen für ein Umdenken sorgen. Dazu gehört auch die frühe Vermittlung von Medienkompetenz.

Erschreckend: Selbst viele Mitarbeiter aus der Regierung scheinen bei der IT-Sicherheit nicht ausreichend geschult zu werden. Das BSI hat im vorigen Jahr mehr als zwei Millionen Zugriffe aus dem Regierungszugriff auf Internetseiten verhindert, die mit Schadcode, Betrug oder Datendiebstahl in Verbindung standen. Doch wenn nicht einmal die eigenen Leute ausreichend sensibilisiert werden können, wird es bei der breiten Gesellschaft umso schwieriger. **Bericht Seite 4**
patrick.reichelt@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinstraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Stellvertretender Chefredakteur: Marcel Auermann
Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner
Art-Direktor: Franz Berding

Chefreporter: Jürgen Hinrichs · **Chefreporter Kultur/Medien:** Dr. Hendrik Werner · **Politik:** Jörg Helge Wagner
Bremen/Niedersachsen: Marcel Auermann · **Wirtschaft:** Philipp Jädlin · **Kultur:** Iris Hetscher · **Sport:** Mathias Sonnenberg
Leiter Zentralschicht: Markus Peters · **Leiter Sonderthemen:** Stefan Dammann · **Büro Lilienthal:** André Fesser

Büro Osterholz-Scharmbeck: Antje Borstelmann · **Büro Vegesack:** Michael Brandt · **Büro Berlin:** Steven Geyer (Leitung)
Büro Hannover: Peter Mlodoč · **Büro Hamburg:** Nadine Wenzlick
Büro Brüssel: Dettlef Drewes · **Büro London:** Katrin Pribyl
Büro Paris: Birgit Holzer · **Büro Washington:** Thomas Spang

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 36,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 72.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/3671 1000

Abonnenten-Service:
Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/3671 1020
E-Mail: abonmentenservice@weser-kurier.de
abonmentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800/3671 222*
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion:
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/3671 1000
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 0421/3671 6655
Telefax: 0421/3671 1100 (Anzeigen)
Telefax: 0421/3671 1010 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de



Ralf Böhme

Vier Varianten für die CSU - und nur eine ist gut



Ralf Müller
über die Wahl in Bayern

Die Aussichten für die CSU bei der Landtagswahl: eine gute, eine weniger schlimme und zwei katastrophale Varianten. Am kommenden Sonntag ist vieles anders als früher. So geht man auch in der jahrzehntelangen allein regierenden CSU mittlerweile davon aus, dass eine absolute Mehrheit nicht mehr drin ist. Daher werden – selbstverständlich nur hinter vorgehaltener Hand – schon Diskussionen geführt, die üblicherweise erst nach Schließung der Wahlkabinen stattfinden.

Verschiedene Szenarien werden durchgespielt. Am einfachsten ist es bei Variante „absolute Mehrheit“: Dann dürfen sich alle Christsozialen als Sieger fühlen, sich auf die Schultern klopfen und jeder behält seinen Posten. Doch wahrscheinlich ist diese Variante nicht. Eher schon Variante Zwei, der „kleine Denkkettel“: Die CSU verliert die absolute Mehrheit, bleibt aber stark genug, um wie von ihr gewünscht mit den ihr nahe stehenden Freien Wählern eine Koalition eingehen zu können. Folgen: Ein wenig Jammern und Wehklagen wird in der CSU erschallen, aber im Wesentlichen wird es doch Erleichterung darüber geben, dass es nicht noch schlimmer gekommen ist. Die letzten Meinungsumfrage freilich lassen eher die Variante Drei erwarten, der „große Denkkettel“: Die CSU rutscht so weit unter die 40-Prozent-Marke, dass die Freien Wähler mit ihren erwarteten zehn Prozent auch nicht mehr für eine Mehrheit im Landtag ausreichen. Dann müsste Regierungschef und Spitzenkan-

didat Markus Söder in den ziemlich sauren Apfel beißen und entweder eine Dreier-Koalition mit den Kandidaten Freie Wähler, SPD oder FDP schmieden oder eine Zweierkoalition mit den bis auf 18 Prozent erstarkten Grünen, die den Christsozialen aber am unsympathischsten sind.

Und dann gibt es noch die Variante Vier: „Worst Case“ oder auch „Untergang des weiß-blauen Abendlandes“ genannt. Die CSU verliert so stark, dass die Oppositionsparteien Grüne, SPD, Freie Wähler und FDP eine Viererkoalition bilden können. Reine Fantasie ist das nach einer

Es gibt auch das Szenario
„Untergang des
weiß-blauen Abendlands“.

Erhebung, welche die CSU nur noch bei 33 Prozent zeigte, nicht. Söder und der Fraktionsvorsitzende im Landtag, Thomas Kreuzer, nehmen diese Option durchaus ernst. Kreuzer warnte ausdrücklich vor einem „bunten Experiment“ – von anderen „Tuttifrutti“ genannt.

Im Falle der Varianten Drei bis Vier wären die Tage von Bundesinnenminister Horst Seehofer als Parteichef wohl gezählt. Einige meinen, sie sind es jetzt schon. Die unmissverständlichen Hinweise Söders auf die Verantwortung für den demoskopischen Niedergang seiner Partei werden wohl von den meisten, die in der CSU auch nur ein bisschen das Sagen haben, geteilt: Seehofers war's und er wird's gewesen sein. Dessen Einlassung, er habe sich in Söders Wahlkampf nicht eingemischt, wird eher kritisch gesehen.

Die Ansicht, dass Seehofer mit seiner Amtsführung in Berlin etliche Nägel auf dem Sarg der absoluten CSU-Mehrheit in Bayern platziert hat, hat sich inzwischen in der Partei in einem geradezu unglaublichen Maße verfestigt. Wie die Stimmung ist, hat sich in einer CSU-Parteivorstandssitzung vor einer Woche gezeigt: Kaum hatte Seehofer die Sitzung verlassen, ging der Tumult auch schon los und die Kritiker meldeten sich zu Wort. Wenn die CSU tatsächlich mit 35 Prozent oder weniger eine historische Niederlage einführt, werde die Basis aufbegehren, sagt ein Mann aus dem Parteivorstand. Was dann komme, sei „unkalkulierbar“.

Und Söder? Den Ministerpräsidenten, der erst nach langem Zögern das Amt von Seehofer übernehmen konnte, kann wohl so schnell nichts umblasen, auch nicht ein ganz mieses Wahlergebnis. Wie weiland Seehofer, so schützt auch ihn die Alternativlosigkeit, sagt Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter: „Das Feld potenzieller Ministerpräsidenten-Kandidaten ist leer geräumt.“ Söders Einschätzung, dass die Grundlage für den drohenden Misserfolg in Berlin gelegt worden sei, wird in der Partei ohnehin weitgehend geteilt. Ganz außer Gefahr aber sei auch Söder nicht, meint Oberreuter: „Bei einem Ergebnis knapp über der 30-Prozent-Grenze müsste Söder eigentlich auch weichen.“

Soweit scheint gedanklich schon vieles geregelt, fehlt nur noch ein Nachfolger von Seehofer – der natürlich nicht weichen will – im Amt des Parteivorsitzenden. Söder könnte es machen, aber als heißere Kandidaten werden Landesgruppenvorsitzender Alexander Dobrindt und Parteivize und Europapolitiker Manfred Weber genannt. Frei von sonstigen Sachzwängen würde in der Partei wohl das Pendel zugunsten Webers ausschlagen.

ralf.mueller@weser-kurier.de

Birgit van Aken
über Altersvorsorge

So ist guter Rat tatsächlich teuer: Die Bundesregierung hat ein weiteres Rentenpaket auf den Weg gebracht. Aber wie schon der Vorgänger in der vorigen Legislaturperiode wird auch dieses Maßnahmenbündel die Lage der gesetzlichen Rentenversicherung nicht verbessern, sondern verschlechtern. Anstatt den Expertenrat der von ihr selbst eingesetzten Rentenkommission abzuwarten, die Vorschläge für eine zukünftige Reform erarbeiten soll, betreibt die Koalition rentenpolitischen Aktionismus ohne Not.

Denn Tatsache ist: Die gesetzliche Rentenversicherung ist besser als ihr Ruf. Es

besteht kein akuter Handlungsbedarf, dem hektisch entsprochen werden müsste. Entgegen der allgemein verbreiteten Alarmmeldungen ist Altersarmut bei uns kein Massenphänomen. Auch das Rentenniveau ist längst nicht so besorgniserregend gesunken wie befürchtet. Die Renten selbst steigen seit Jahren, und zwar deutlich.

Richtig ist allerdings, dass das Umlageverfahren in schweres Fahrwasser geraten ist. Grund ist die demografische Entwicklung: Wir werden immer älter und zugleich in den nachwachsenden Generationen immer weniger. Darum hat sich die Bezugsdauer der gesetzlichen Rente seit den sechziger Jahren verdoppelt. Zudem teilen sich nicht mehr sechs Beitragszahler die Finanzierung eines Rentners, sondern nur noch zwei.

All das haben die Verantwortlichen schon zu Beginn der 2000er Jahre erkannt. Und sie

haben gegengesteuert: Durch die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors und der Rente mit 67 wurde unser Rentensystem stabilisiert, die Belastungen generationengerecht austariert und vorausschauend auf die Zukunft ausgerichtet.

Verantwortlich zeichnete die damals sozialdemokratisch geführte Bundesregierung. Aus heutiger Sicht kaum zu glauben, denn ihre Parteikollegen unserer Tage scheinen davon nichts mehr wissen zu wollen. Sie verfahren genau umgekehrt: Mit der Einführung von neuen Leistungsausweitungen ohne Beitragsdeckung und kosten trächtigen doppelten „Haltelinien“ prescht die Bundesregierung vor, lange bevor die eben erst eingesetzte Fachkommission ihre Arbeit richtig aufgenommen hat. Wozu dann überhaupt eine Kommission aus Experten einrichten, wenn deren Empfehlun-

Kölner Stadt-Anzeiger

über den Lehrermangel: „Es ist kein Naturgesetz, dass Deutschland noch immer unterdurchschnittlich in die Bildung investiert. Prioritäten lassen sich ändern. Das gilt für die frühkindliche Bildung, die weiter sträflich vernachlässigt wird. Es kann aber auch keinen Zweifel geben: Das Land braucht mehr Lehrer – und die benötigen mehr Unterstützung durch Psychologen und Sozialarbeiter an den Schulen. Dreh- und Angelpunkt des Bildungserfolgs ist ein guter Unterricht.“

Reutlinger General-Anzeiger

über Griechenland: „Kaum hat Griechenland seine Finanzkrise überwunden und den EU-Rettungsschirm verlassen, scheint man dort schon wieder vergessen zu haben, welche Rolle Deutschland in dieser Krise gespielt hat. Viele Millionen Euro wurden da von der Spree an die Ägäis gepumpt. Nicht als Reparation, sondern als Hilfe. Doch die Töne, die nun wieder aus Athen laut werden, befördern eine solche Freundschaft nicht.“

Saarbrücker Zeitung

über die Lage der Wirtschaft: „Hat man wirklich gedacht, Deutschland sei der quasi unverletzte Siegfried der Weltwirtschaft? Wachstumsjahre in Serie, egal was da draußen passiert? Dieser naive Glaube geht langsam zu Ende. Die reduzierte Konjunkturprognose der Bundesregierung liefert einen Vorschmack auf das, was da noch viel wuchtiger kommen kann. Die Schwachstelle der deutschen Wirtschaft ist nicht klein wie das Lindenblatt auf der Schulter des Nibelungen-Helden. Sondern so groß wie der ganze Mann.“

KORREKTUR

In die Grafik zur Beiratsserie in der Ausgabe von Donnerstag, 11. Oktober, hat sich ein Fehler eingeschlichen: Seit dieser Legislaturperiode haben Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft den Vorsitz der Deputationen inne. In der Grafik ist davon die Rede, dass die jeweiligen Senatoren den Vorsitz haben. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen. BEM

Die Groko bleibt rentenpolitisch auf dem falschen Kurs

gen gar nicht abgewartet werden sollen? Es ist Zeit für eine rentenpolitische Halteleine. Wir brauchen keine zukunftsvergessenen Renten-Schnellschüsse, sondern eine generationengerechte und tragfähige Reform unserer gesetzlichen Alterssicherung – im Interesse einer auch zukünftig leistungsfähigen Sozialen Marktwirtschaft.



Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Unsere Gastautorin ist Bankfachwirtin, selbständige Finanzplanerin der Plansecur und Vorsitzende des Verbands der Unternehmerinnen in Bremen.